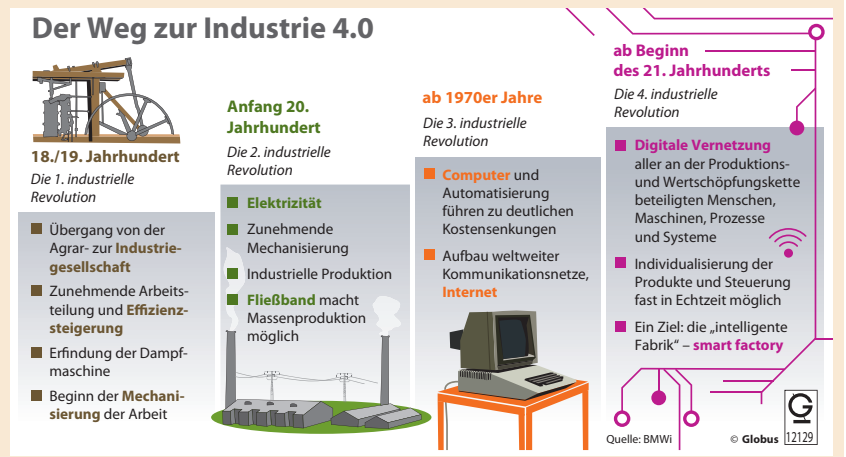


1.5 Die Arbeitswelt im Umbruch – ein Dauerthema

1.5.1 Blick zurück - die industrielle Revolution in Deutschland

Blickpunkt: Während sich im 19. Jahrhundert in Großbritannien die Industrie dynamisch entwickelte, lag Deutschlands Wirtschaft im Dornröschenschlaf. Deutschland war im Gegensatz zu Großbritannien keine einheitliche Nation, sondern bestand aus vielen einzelnen Staaten ohne gemeinsames Staatsgebiet. Es gab keine einheitlichen Maße und Gewichte, keine einheitliche Währung. Die Einzelstaaten schotteten sich gegeneinander u.a. durch Zölle ab. Das änderte sich ab 1807 schnell.



Die Menschen lebten und arbeiteten ihr Leben lang in dem Gebiet, im dem sie aufgewachsen waren. Man verließ sein Dorf, seine Stadt nicht. Jahraus jahrein arbeiteten die Menschen auf dem Feld und im Stall. Heimarbeit als Zuverdienst war üblich und notwendig. Das Handwerk in den Städten organisierte sich nach den alten Regeln der Zünfte. Dies garantierte den Handwerkern sichere Einnahmen und verhinderte Konkurrenz und Wettbewerb.

Nach der Niederlage Preußens im Krieg gegen Napoleon verlor Preußen 1807 große Gebiete westlich der Elbe und im Osten. Es verlor dadurch etwa die Hälfte seiner Untertanen und seinen Großmachtstatus. Zudem musste Preußen hohe Entschädigungszahlungen an die Franzosen leisten. In dieser Situation veranlassete die Regierung Reformen, die auf ein Wiedererstarken Preußens zielten. Diese Reformen veränderten zunächst Preußen und dann ganz Deutschland, u. a. durch:

- **Die Bauernbefreiung:** Sie brachte jedem Einwohner Preußens das Recht, bäuerliche Grundstücke zu erwerben. Eigentumserwerb wurde erlaubt.
- **Wirtschaftsreformen:** Sie schafften die Zünfte ab und machten freie Berufswahl, Gewerbefreiheit und damit Wettbewerb möglich.
- **Städtereform:** Sie gab den Städten das Recht auf Selbstverwaltung. Die vermögenden Bürger konnten nun auch eine Stadtverordnetenversammlung wählen, die dann einen Bürgermeister wählte.
- **Schulreform:** Sie führte zur Einführung des humanistischen Gymnasiums in Preußen. Gleichzeitig bildet sich langsam das dreigliedrige Schulsystem aus Volksschule, Realschule und Gymnasium heraus. Das Gymnasium blieb aber nur einer kleinen Elite vorbehalten.
- **Heeresreform:** Durch sie wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.
- **Kabinettsreform:** Sie führte fünf Minister ein (Inneres, Äußeres, Finanzen, Justiz und Krieg), die zwar dem König verantwortlich waren, andererseits aber relativ selbstständig handeln konnten.

Diese Reformen bildeten die Grundlage für die Industrialisierung Preußens und weiterer deutscher Staaten. Der Zusammenschluss der deutschen Einzelstaaten zum Deutschen Reich 1871 und damit verbunden die Einführung eines Binnenmarktes und einer einheitlichen Währung (Reichsmark) förderten diese wirtschaftliche und technische Dynamik nochmals. Der industrielle Nachzügler Deutschland holte schnell auf und war 1880 die drittgrößte Industrienation nach Großbritannien und den USA. Bis heute hält Deutschland diese Spitzenstellung. Vier industrielle Schlüsselbereiche waren für diesen Aufstieg verantwortlich:

Im **Steinkohlebergbau** an der Ruhr, der Saar und in Schlesien waren 1864 etwa 100.000 Menschen beschäftigt. Die Menge der geförderten Steinkohle stieg auch wegen der sich stetig verbessernden Abbautechnik erheblich.

Die **Eisen- und Stahlindustrie** wuchs zu einem der bedeutendsten Industriezweige Deutschlands. Allein in Preußen wurden 1880 zwei Millionen Tonnen Roheisen und 1,7 Millionen Tonnen Stahl erzeugt. Nur Großunternehmen hatten die Finanzkraft, um gewinnbringend in die großen Stahlwerke und Eisenhütten zu investieren.

Der **Maschinenbau** hatte seinen Ursprung in relativ kleinen Handwerksbetrieben. Dabei nutzen die innovativen Handwerksmeister die Erfahrungen aus dem Ausland, indem sie britische, französische und belgische Technologie teils legal, aber auch durch Industriespionage, übernahmen und weiterentwickelten. So entstand eine Vielzahl von Maschinenfabriken, die zum Teil bis heute existieren und für den heutigen, weltweit konkurrierenden Industriestandort Deutschland von sehr großer Bedeutung sind. Hier hat auch die heute so wichtige Automobilindustrie Deutschlands ihren Ursprung.

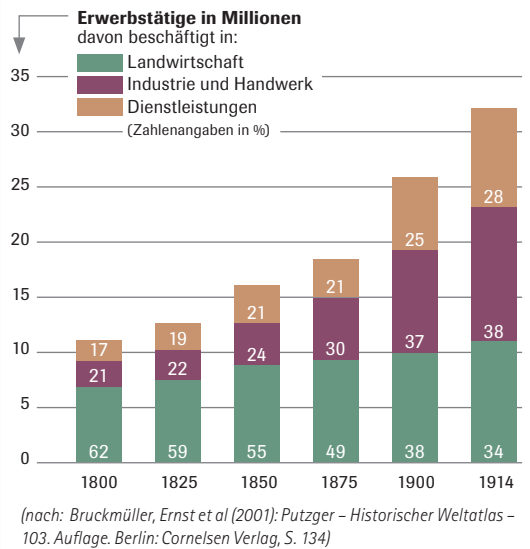
Die **Eisenbahn** war der Leitsektor der industriellen Entwicklung in Deutschland. Die erste Fernbahn zwischen Leipzig und Dresden hatte eine Streckenlänge von 120 km und wurde als dritte deutsche Eisenbahn am 7. April 1839 fertiggestellt. Sie war die erste ausschließlich dampfbetriebene Eisenbahn in Deutschland. Eine Vielzahl weiterer Strecken wurde gebaut und ergaben allmählich ein durchgehendes Streckennetz.

Essen – ein Beispiel für die Industrialisierung im Ruhrgebiet

Die beschauliche mittelalterliche Stadt Essen erlebte im Zuge der Industrialisierung eine rasante Entwicklung. 1850 gab es bereits drei Bergwerke, eine Gussstahlfabrik und eine Eisengießerei. Eine Vielzahl weiterer Zechen war hauptsächlich nördlich der Altstadt zu finden.

In der Zeit von 1800 bis 1896 stieg die Einwohnerzahl von ca. 7.000 auf 100.000. Schon 1861 waren von 11.067 Industriebeschäftigten 8.281 im Bergbau und 2.569 in der Stahlindustrie tätig, im Wesentlichen bei der Firma Krupp, die für den rasanten Aufstieg eines Unternehmens steht. Nach dem Tod von Friedrich Krupp übernahm 1826 sein nur 14-jähriger Sohn Alfred die Gussstahlfabrik mit 7 Arbeitern und 10.000 Talern Schulden. Am Ende seines Lebens, 1887, gehörte ihm die größte Stahlfabrik der Welt, die 19.000 Arbeiter beschäftigte, jährlich 197.000 Tonnen Stahl und 570.000 Tonnen Kohle produzierte.

Erwerbstätige in Deutschland 1800–1914 nach Wirtschaftssektoren



Das Handwerk blieb trotz der industriellen Dynamik und trotz vieler Insolvenzen in seiner Substanz erhalten und gilt heute als die „Wirtschaftsmacht von nebenan“. Handwerk ist heute immer noch die Arbeit mit oft traditionellen Werkzeugen bei gleichzeitiger Nutzung modernster Technologien.

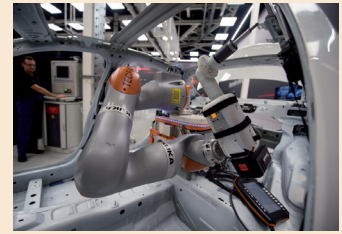
► AUFGABEN

1. Beschreiben Sie die Arbeits- und Lebenssituation eines Arbeiters bzw. einer Arbeiterin am Ende des 19. Jahrhunderts.
2. Listen Sie auf, wo Sie mit Blick auf die industriellen Revolutionen Parallelen zur heutigen Situation Ihrer Lebens- und Arbeitswelt sehen.

1.5.4 Die Zukunft der Arbeit – mehr oder weniger Jobs?



Blickpunkt: Wird die 4. industrielle Revolution unzählige Jobs kosten oder zu mehr Spezialisierung und mehr Arbeitsplätzen führen? Was bedeutet das für junge Arbeitnehmer, welche Anforderungen kommen auf sie zu?



Die Wissenschaftler Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne haben 2013 erforscht, mit welcher Wahrscheinlichkeit heutige Berufe automatisiert werden können. Sie haben dabei 700 US-Berufe untersucht.

Hier eine kleine Auswahl der stark gefährdeten Berufe (maximale Gefährdung = 100):

- Callcenter-Mitarbeiter 99
- Näher 99
- Spediteur 99
- Steuerberater 99
- Photolaborant 99
- Graveur, Steinhauer 98
- Kassierer in Banken 98
- Kreditsachbearbeiter 98
- Lieferant 98
- Model 98
- Schiedsrichter 98
- Dentaltechniker 97
- Lohnbuchhalter 97
- Eisenbahntechniker 96
- Koch (Restaurant) 96
- Buchbinder 95
- Juwelier 95
- Edelsteinschleifer 95
- Postangestellter 95
- Wirtschaftsprüfer 94
- Kurier 94
- Schweißer, Lötter 94
- Metzger, Fleischer 93
- Baggerfahrer 92
- Einzelhandelsverkäufer 92
- Produktionsarbeiter 92
- Versicherungsvertreter 92
- Kranführer 90

Industrie 4.0: Arbeitsplätze + Arbeitsbedingungen

Wie sieht die Arbeitswelt der Zukunft aus? Bei der Bewertung gibt es zwei Lager, die Pessimisten und die Optimisten:

Die Pessimisten gehen davon aus, dass Arbeitsplätze massenhaft überflüssig werden. Zu ihnen gehört z. B. der US-Informatiker Jaron Lanier. In seinem Buch „Wem gehört die Zukunft“ prognostiziert er massiven Arbeitsplatzabbau. Als Beispiel führt er die Musikindustrie an, die auf ein Viertel ihrer einstigen Wirtschaftskraft geschrumpft ist, weil der legale, aber auch illegale Vertrieb von Musik über das Internet die alten Vinyl-Schallplatten und CDs abgelöst haben. Lanier sagt voraus, dass viele Berufe der Mittelschicht verschwinden werden. Auch der Wirtschafts-Nobelpreisträger Robert Shiller kann sich z. B. vorstellen, dass Taxifahrer arbeitslos werden, wenn sich autonom gesteuerte Fahrzeuge eines Tages durchgesetzt haben.

Das Lager der Pessimisten sieht sich auch durch eine Studie der Oxford University bestätigt. Die beiden Forscher Michael Osborne und Carl Benedikt Frey haben den Arbeitsmarkt der USA untersucht und prognostizieren, dass dort fast die Hälfte der Jobs in den nächsten zwei Jahrzehnten von der 4. industriellen Revolution vernichtet wird.

Die Pessimisten gehen dabei davon aus, dass Industrie 4.0 mehr oder weniger plötzlich über uns hereinbricht. Je schneller die Veränderungen kommen, umso heftiger sind die Verwerfungen in der Arbeitswelt – nicht der Wandel an sich, sondern seine Geschwindigkeit wird das Problem.

Die Optimisten glauben, dass mehr Jobs entstehen als vernichtet werden. Sie interpretieren die Prognosen von Osborne und Frey anders und gehen von den heutigen Arbeitsplätzen aus und „beamen“ sie in die Welt der 30er- und 40er-Jahre dieses Jahrhunderts. 20–30 Jahre sind viel Zeit, damit sich Arbeitsmärkte umstrukturieren können. Die Optimisten setzen auf die Anpassungsfähigkeit der Industrie und der Arbeitsmärkte.

Es bleibt die entscheidende Frage, wie schnell sich diese Innovationen durchsetzen werden. In Deutschland kommt ein ganz besonderer Faktor hinzu. Will man Industrie-4.0-Anwendungen umsetzen, müssen die Maschinenparks komplett erneuert werden. Das aber sind Veränderungsprozesse, die sich besonders im Mittelstand über Jahre hinziehen können. Auch die Finanzierung muss gemeistert werden, was insbesondere kleineren Firmen nicht so einfach fällt. Etwas mehr Zeit

könnte also helfen, den Wandel nicht nur technisch, sondern auch für die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer zu bewältigen.

Klar ist, dass neue Fähigkeiten und Fertigkeiten in der Arbeitswelt von morgen gebraucht werden. Spezialisten mit IT-Kompetenz werden in großer Zahl benötigt. Sie müssen die flexiblen und vernetzten Produktionsabläufe planen, simulieren und überwachen.

Benötigen wir dann noch den guten alten Facharbeiter? Die Optimisten befürchten keine gravierenden Arbeitsplatzverluste. Facharbeiter werden immer gebraucht, sie sind heute schon vielfach hochqualifiziert. Kenntnisse in Computertechnik sind längst der Standard. Ständige Weiterqualifizierung und eine sehr gute berufliche Bildung sind jedoch unabdingbar. Das Qualifizierungsniveau muss weiter steigen. Deshalb ist der Ausbau des Bildungssystems auf allen Ebenen eine der zentralen Herausforderungen für die Politik.

Industrielle Zukunft: Beispiel Cloudworker

In einem ver.di-Spot im Internet erzählt das Strichmännchen „Klaus der Cloudworker“ vom Horror seines Arbeitsalltags:

„Die Arbeitswelt hat sich gewaltig verändert. Die Menschen sind fast ausschließlich „Cloud Worker“. Festanstellungen gibt es so gut wie gar nicht mehr. Die Unternehmen heuern, je nach Bedarf, ihre Arbeitskräfte über ein virtuelles Netzwerk an. Was mit der IT-Branche begann, betrifft nun nahezu alle Berufsgruppen. Ein Heer von Freelancern kämpft mit weltweiter Konkurrenz um Aufträge. Die Folge: Preisdumping. Heute verdienen die Leute ein Drittel von dem, was noch vor 10 Jahren gezahlt wurde.“

In der digitalen Arbeitswelt ändern sich die Beschäftigungsformen grundlegend. Per Aufruf im Internet angeworbene Crowdworker erledigen die ganze Bandbreite von digitalen Arbeiten für Industrie, IT, Forschung und Entwicklung und auch für die öffentliche Verwaltung. Aber Selbstständige in diesem Bereich können schnell zu Schein-Selbstständigen werden. Die neuen Freiheiten dieser Art von Arbeit mögen viele begrüßen, sie haben aber auch Nachteile. Mindeststandards bei der Bezahlung, der Arbeitszeit oder beim Gesundheitsschutz gibt es oft nicht. Im Alter und im Krankheitsfall sind die Cloudworker schlecht abgesichert. Altersarmut und krankheitsbedingte „Sozialfälle“ müssen dann aus den staatlichen Sozialkassen versorgt werden.

Angesichts der zunehmend globalen vernetzten Arbeitsorganisation in Produktion und Dienstleistungsbereich wird Crowdworking ebenso wenig wie Leiharbeit eine Randerscheinung bleiben. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, auch diese Tätigkeits- und Beschäftigungsformen in die Sozialversicherungssysteme zu integrieren.

Digitale Tagelöhner: Wie das Netz die Arbeit verändert

Erst allmählich lernen viele von uns digitale Plattformen kennen. Für nahezu jedes Produkt, jede Dienstleistung gibt es mittlerweile eine im Internet: Airbnb vermittelt Zimmer, Carsharing-Angebote vermitteln Autos, auf Verkaufsplattformen wird Selbstgemachtes angeboten.

„Crowdworking“ oder „Cloudworking“ sind die Stichwörter dafür. Man versteht darunter digitale Aufträge, die vollständig über das Internet abgewickelt werden. Diese Art von Arbeit entwickelt sich für immer mehr Menschen zur hauptberuflichen Vollzeitbeschäftigung. Derartige neue Formen digitaler Arbeit sind verlockend und bieten Freiheiten, gefährden aber auch das bisherige System sozialer und rechtlicher Absicherung für Arbeitnehmer.

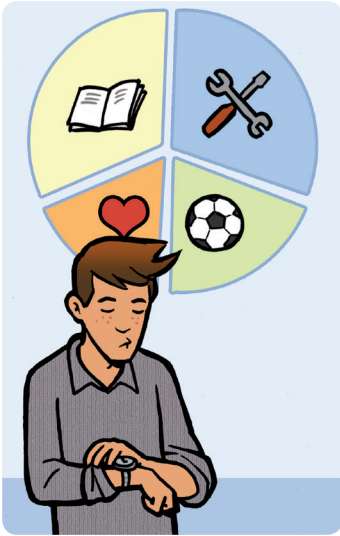
Wie die Corona-Krise die Arbeitswelt verändert

Die Corona-Epidemie führt in der Arbeitswelt zu einem nie dagewesenen Feldversuch. Manager und ihre Mitarbeiter haben im Eiltempo Büros geräumt und sich in eine neue Arbeitswelt katalpultiert. Wie stark Skype, Zoom und Slack derzeit klassische Konferenzen ablösen, macht nun eine repräsentative Umfrage klar. Das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation fand bei einer Befragung von 1600 Beschäftigten heraus, dass der Anteil der Menschen im Home-Office schon in den ersten Wochen der Krise deutlich gestiegen und deren Zufriedenheit sehr groß ist. Schon Ende März arbeiteten 43 Prozent der Befragten in Deutschland zumindest ab und zu im Home-Office, heißt es in der Studie [...].

(aus: Süddeutsche Zeitung, www.sueddeutsche.de, 16. April 2020)

► AUFGABEN

1. Erläutern Sie, wie Sie die Zukunft auf dem Arbeitsmarkt sehen: Gehören Sie eher zu den Pessimisten oder zu den Optimisten? Begründen Sie Ihre Meinung zunächst schriftlich.
2. Stellen Sie dar, wie sich die Beschäftigungsformen in den nächsten Jahrzehnten verändern können. Stellen Sie Vorteile und Nachteile dieser möglichen Veränderungen gegenüber.



konform: einig, übereinstimmend

Rollenkonformität: normgemäßes Verhalten im Rahmen einer bestimmten Rolle; d. h., es bestehen bestimmte Erwartungshaltungen, die jemand zu erfüllen hat, wenn sie oder er eine bestimmte Position hat.

Norm: allgemein anerkannte, als verbindlich geltende Regel; Richtschnur, Maßstab

Konflikt: Auseinandersetzung, Streit um etwas (auch in einem Menschen selbst, wenn er sich nicht entscheiden kann)

2.1.2 Erwartungshaltungen und Konflikte

Blickpunkt: Antonio ist zufrieden mit seinem Arbeitsplatz, auch wenn die Anforderungen an ihn hoch sind. Spaß macht auch das Engagement im Sportverein. Dort spielt er mit einigen seiner Freunde Fußball. Seine Freundin meint, er habe manchmal etwas zu wenig Zeit für sie. Die Eltern finden, er solle sich nach seiner Ausbildung noch weiter qualifizieren.

Wie im vorhergehenden Abschnitt dargestellt, gehört jeder Mensch mindestens einer Gruppe an. Mit der Zugehörigkeit zu einzelnen Gruppen übernimmt jeder auch verschiedene **Rollen**. Damit werden sowohl gewollte wie auch ungewollte Verpflichtungen eingegangen, die ein bestimmtes Verhalten (Rollenkonformität) voraussetzen: Man muss sich an die Normen halten.

Die verschiedenen Rollen können alters- oder geschlechtsbedingt, aber auch freiwillig erworben sein.

Wenn die zuge dachte oder gewählte Rolle nicht mit den eigenen Zielen der Selbstverwirklichung übereinstimmt, entsteht ein **Konflikt**. Konflikte sind demnach Folgen unterschiedlicher Rollenerwartungen.

Es werden hier zwei Konflikttypen unterschieden:

Interrollenkonflikt	Intrarollenkonflikt
Konflikt zwischen zwei Rollen, also zwei erwarteten Verhaltensweisen, die schwer vereinbar sind.	Konflikt, in den jemand gerät, an dessen Rolle verschiedene Erwartungen gestellt werden.

Wichtige Entwicklungsschritte im Leben, die zur Selbstverwirklichung und zum eigenen „Ich“ führen, sind

- die allmähliche Ablösung von den Eltern,
- das Finden eines Partners bzw. einer Partnerin,
- die Umgestaltung der Persönlichkeit über neue Identifizierungen.

Gerade zwischen dem 10. und 16. Lebensjahr muss jeder Mensch sich vielen Entwicklungsaufgaben stellen. In jedem Lebensumfeld, in dem man sich bewegt (z. B. Familie, Schule, Ausbildung, Clique),

- übernimmt man bestimmte Rollen,
- hat man Entscheidungen zu treffen,
- muss man besondere Forderungen erfüllen,
- muss man sich neu bestimmen (d. h. Forderungen, Wünsche usw. neu festlegen),
- muss man sich durch Handeln bewähren,
- geht man neue Beziehungen ein.

Diese Anforderungen unterscheiden sich häufig voneinander oder stehen sogar im Widerspruch zueinander. Die Auseinandersetzung mit ihnen kann zu Konflikten führen. Konflikte finden statt auf

- einer Sachebene (z. B. Themen, Interessen, Forderungen) und
- einer psychosozialen Ebene (z. B. Wünsche, Ängste, Hoffnungen, Sympathie/Antipathie, Vertrauen).

Die Bedeutung von Konflikten

Antonio lebt bei den Eltern, dort ist er Sohn. Die Eltern erwarten von ihm, dass er sich optimal auf seine Ausbildung konzentriert. Antonio selbst spielt gerne Fußball. Sein Verein erwartet von ihm Bestleistungen. Zwischen der Rolle als Sohn und der Rolle als Vereinsmitglied besteht für Antonio ein Interrollenkonflikt.

Ähnlich sieht es für Antonio in der Berufsschule und im Betrieb aus. Für die Schule muss er sich auf die Arbeiten vorbereiten und eigentlich abends noch lernen. Doch sein Ausbilder im Betrieb verlangt von ihm, dass er nach der Berufsschule noch ins Unternehmen kommt. Dies kann er laut Berufsausbildungsgesetz an solchen Tagen fordern, an denen nur fünf Stunden unterrichtet wird. Antonio weiß manchmal gar nicht, wie er das schaffen soll. Und dann kommen noch die Projekte in der Schule dazu. In seiner Rolle als Auszubildender befindet sich Antonio in einem Intrarollenkonflikt, da an ihn als Auszubildenden unterschiedliche Erwartungen gestellt werden. Gleichzeitig ist er sich nicht sicher, ob er sie alle erfüllen kann.

Konflikte dieser Art sind aber nicht grundsätzlich negativ zu bewerten, sondern haben auch sehr viel mit Veränderung zu tun. Sie entstehen einerseits gerade in Veränderungsprozessen häufiger oder es kommen bereits bestehende, unterschwellige Konflikte an die Oberfläche und behindern dadurch das Erreichen der gesetzten Ziele. Andererseits bilden Konflikte aber auch sehr oft Anlass und Antrieb für Veränderungen. Sie bringen damit wichtige Prozesse in Gang und sind eine Chance, um über Veränderungen nachzudenken und diese herbeizuführen.

Wichtige Entwicklungsaufgaben

in der Jugendphase sind z. B.:

- das Akzeptieren der eigenen körperlichen Erscheinung
- die Übernahme einer eigenen Geschlechtsrolle
- der Aufbau neuer und reiferer Beziehungen zu Altersgenossen beiderlei Geschlechts
- die weitgehende emotionale Unabhängigkeit von den Eltern und von anderen Erwachsenen
- ggf. die Vorbereitung auf Ehe und Familienleben
- die Vorbereitung auf eine berufliche Karriere
- der Aufbau eines Wertesystems, das als Leitfaden für das Verhalten dient (Entwicklung einer Ideologie)
- die Ausübung sozial verantwortlichen Verhaltens



► AUFGABEN

1. Beschreiben Sie aus Ihrem eigenen Erfahrungsbereich einen Interrollen- und einen Intrarollenkonflikt.
2. Suchen Sie sich einen oder zwei Partner bzw. Partnerinnen aus Ihrer Klasse und entwickeln Sie eine Spielszene in Form eines Rollenspiels, in der unterschiedliche Interessen zu einem Rollenkonflikt führen.
3. Finden Sie ein schulisches oder betriebliches Beispiel, das verdeutlicht, wie sich aus einer Konfliktsituation eine neue (positive) Entwicklung herausbildet. Stellen Sie dies im Rahmen eines kurzen Vortrags der Klasse dar.



Theodor Heuss (1884–1963):
erster Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland



Konrad Adenauer (1876–1967):
erster Bundeskanzler der Bundes-
republik Deutschland

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949:

Artikel 1 [Menschenwürde und Menschenrechte]

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

3.3 Deutsche Geschichte – von der Teilung bis zur Wiedervereinigung

3.3.1 Die doppelte Staatsgründung

Über die staatliche Zukunft Deutschlands gab es bei den Siegermächten unterschiedliche Vorstellungen und Interessen:

- Die **Sowjetunion** verfolgte einerseits ihre Sicherheitsinteressen, da sie verhindern wollte, dass von Deutschland aus ein erneuter kriegerischer Angriff erfolgen könne. Andererseits war Stalins Ziel die „Weltrevolution“. Der Aufbau kommunistischer Systeme war aber in kleinen Staaten leichter möglich als beispielsweise in einem großen, vereinigten Deutschland.
- **Großbritannien** – mit Winston Churchill an seiner Spitze – erkannte die Expansionswünsche der Sowjetunion und war daher nicht an einer Aufteilung Deutschlands in kleine Einzelstaaten interessiert.
- Die **USA** beabsichtigten ursprünglich nicht, sich in Europa länger zu engagieren. Andererseits hatte der Krieg in den USA große Produktionskapazitäten geschaffen – hätte man diese zurückgefahren, wären Arbeitslosigkeit und Umsatzeinbrüche die Folge gewesen. Aus wirtschaftlichen Gründen machte also ein Engagement in Europa Sinn. Als im April 1945 Roosevelt starb, wurde Truman sein Nachfolger. Im Gegensatz zu Roosevelt traute dieser Stalin jedoch nicht. Wie auch Churchill war Truman der Ansicht, dass alles getan werden müsse, um die Ausbreitung des Kommunismus und die Gründung kommunistischer Staaten in Westeuropa zu verhindern.

Die Gegensätze zwischen den Siegermächten wurden immer deutlicher. 1947 schlossen sich die britische und die amerikanische Zone zur Bi-Zone zusammen. 1948 kam die französische Besatzungszone hinzu (Tri-Zone). Durch die am 20.06.1948 in den Westzonen durchgeführte Währungsreform wuchs die politische Kluft weiter. Daraufhin blockierte die Sowjetunion alle Zufahrtswege nach Westberlin. Die Westmächte richteten eine Luftbrücke ein, um Berlin nicht vollständig zu verlieren. Die Gegensätze zwischen Ost und West wurden fast unüberwindlich, der „Kalte Krieg“ hatte begonnen (siehe hierzu auch Abschnitt 3.3.5).

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland

In den westlichen Besatzungszonen wurden einzelne Länder gegründet und in den Jahren 1946 und 1947 Landtagswahlen durchgeführt. Aus diesen neuen Landtagsparlamenten wurden 65 Mitglieder in einen **Parlamentarischen Rat** berufen. Zum Vorsitzenden wurde Konrad Adenauer (CDU) gewählt. Eine Kommission des Parlamentarischen Rates erarbeitete, abgeschieden auf der Insel Herrenchiemsee in Bayern, einen Verfassungsentwurf. Er orientierte sich an der Paulskirchenverfassung, der Weimarer Verfassung, aber auch an den parlamentarischen Systemen der USA und Großbritanniens. Ebenso wurden die Erfahrungen aus den Schwachpunkten der Weimarer Verfassung analysiert und fanden so ihren Niederschlag in der neuen Verfassung. Aus diesem Grunde hat beispielsweise der heutige Bundespräsident nicht die Machtfülle des damaligen Reichspräsidenten. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verkündet. Im August 1949 fanden im Westen die ersten Bundestagswahlen statt.



Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

Schon früher als im Westen Deutschlands hatte es in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Vorbereitungen für die Gründung eines Staates gegeben. Am 26.11.1947 wurde in der Ostzone zur Gründung einer parlamentsähnlichen Versammlung aufgerufen – dem „Deutschen Volkskongress“. Der 1. Volkskongress tagte am 06. und 07.12.1947 in Berlin. Teilnehmer waren Mitglieder der Parteien, Massenorganisationen und Mitarbeiter großer Betriebe, aber auch einzelne Teilnehmer aus Westdeutschland.



Die westdeutschen Parteien – mit Ausnahme der KPD – lehnten eine Teilnahme ab. Die CDU der Ostzone nahm erst teil, nachdem ihr Vorsitzender Jakob Kaiser von der sowjetischen Militärverwaltung politisch ausgeschaltet worden war – er stand dem Volkskongress skeptisch gegenüber.

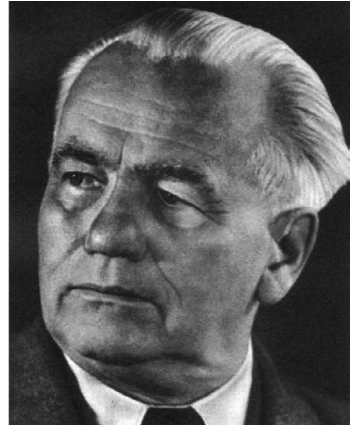
Auf dem 2. Volkskongress am 18.03.1948 wurde ein Volksbegehren zur Frage der deutschen Einheit beschlossen. Es wurde ein „Volksrat“ eingerichtet, der bereits nach zehn Sitzungen einen Entwurf für eine Verfassung vorlegte – für eine „Deutsche Demokratische Republik“ auf Basis eines Verfassungsentwurfs der SED aus dem Jahre 1946.

Dieser Entwurf wurde am 22.10.1948 vom Volksrat verabschiedet.

Am 19.03.1949 beschloss der Volksrat allgemeine Wahlen zum 3. Volkskongress, die am 14. und 15.05.1949 stattfanden. Der Stimmzettel war eine Einheitsliste, auf der es keine Wahlmöglichkeiten zwischen Parteien oder Personen gab. Auf die Aussage „Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag“ konnte nur mit Ja oder Nein geantwortet werden. Die Verteilung der Mandate lag schon vor der Wahl fest, wobei die SED über eine Mehrheit an Mitgliedern in den Massenorganisationen verfügte.

Als am Abend des 15.05. bei den ersten Auszählungen deutlich wurde, dass keine Mehrheit zustande kommen würde, wurden die durchgestrichenen und leeren Stimmzettel kurzerhand als Ja-Stimmen gewertet. Am Abend des 16.05.49 wurde dann bekannt gegeben, dass 66,1 Prozent der Wähler mit Ja gestimmt hätten. Der so gewählte 3. Volkskongress bestätigte am 30.05.1949 nochmals die Verfassung und setzte einen neuen Volksrat ein.

Nachdem Stalin am 27.09.1949 die Vorschläge zur Staatsgründung genehmigt hatte, erklärte sich der Volksrat am 7. Oktober 1949 zur „Provisorischen Volkskammer der DDR“. Die Deutsche Demokratische Republik war gegründet.



Wilhelm Pieck (1876–1960):
erster Präsident der DDR



Otto Grotewohl (1894–1964):
erster Ministerpräsident der DDR

SED: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (siehe auch die Abschnitte 3.3.3 und 3.3.4)

Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949:

Artikel 1 [Republik und Länder]

- (1) Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf.
- (2) Die Republik entscheidet alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind; alle übrigen Angelegenheiten werden von den Ländern selbstständig entschieden.
- (3) Die Entscheidungen der Republik werden grundsätzlich von den Ländern ausgeführt.
- (4) Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.

AUFGABEN

1. Stellen Sie die Interessen der einzelnen Siegermächte bezüglich der künftigen Entwicklung in Deutschland und Europa gegenüber.
2. Erstellen Sie eine Tabelle, die den zeitlichen Ablauf der zwei Staatsgründungen nebeneinander stellt.
3. Im Internet können Sie den Stimmzettel zur Wahl des 3. Volkskongresses finden. Bewerten Sie diesen Stimmzettel hinsichtlich der vorgegebenen Wahlmöglichkeiten.

HANDELN AKTIV SEIN



Schülerdemonstration

Artikel 8 GG (Versammlungsfreiheit)

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
- (2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes beschränkt werden.

kollektiv: gemeinschaftlich

Hören „die da oben“ auf uns?

Man sollte wissen, dass viele führende Politiker sich regelmäßig durch Meinungsforschungsinstitute beraten lassen und sehr sensibel auf öffentlich geäußerte Meinungen reagieren. In den Parteigremien werden diese Meinungsbekundungen der Bevölkerung oft heftig diskutiert und entsprechende Konsequenzen verlangt.

Demonstrationen – demonstrieren gehen

Eine häufig unterschätzte Form der Meinungsäußerung ist die Teilnahme an einer Demonstration. Das im Grundgesetz verankerte Recht, an Demonstrationen teilnehmen zu dürfen, ist eine wichtige Errungenschaft der Demokratie.

In vielen diktatorisch regierten Ländern hingegen ist das freie Demonstrieren mit hohen Risiken verbunden. Demonstranten werden geschlagen, verhaftet und gefoltert. So erstritten sich zu Beginn des Jahres 2011 in den arabischen Staaten Tunesien, Ägypten, Jemen, Syrien und Libyen vor allem die jungen Menschen dieses Recht zum Teil unter Einsatz ihres Lebens.

Mitunter werden die Menschen in Diktaturen aber auch gezwungen, an „Jubeldemonstrationen“ teilzunehmen, mit denen sich das Regime feiern lässt.

In Deutschland ist das Recht auf freie Meinungsäußerung im Grundgesetz verankert:

Erläuterungen zu Artikel 8 des Grundgesetzes

Politische Versammlungen und Aufzüge sind durch das Grundgesetz geschützt. Dazu gehören auch Demonstrationen, bei denen in plakativer und Aufsehen erregender Form vom Recht der Meinungskundgabe Gebrauch gemacht wird. Das Recht, selbst Ort, Zeitpunkt, Art und Inhalt der Kundgebung zu bestimmen, verbietet zugleich staatlichen Zwang, an öffentlichen Kundgebungen teilzunehmen oder ihnen fernzubleiben.

Das Recht, sich ungehindert und ohne Erlaubnis mit anderen zu versammeln, galt schon immer als besonderes Zeichen von Freiheit und Unabhängigkeit. Die Meinungsfreiheit wird schon lange als ein unentbehrliches und grundlegendes Recht in einer freiheitlichen Demokratie angesehen. Sie gilt als eines der vornehmsten Rechte der Menschen.

Indem der Demonstrant seine Meinung in physischer Präsenz, in voller Öffentlichkeit und ohne Zwischenschaltung von Medien kundgibt, entfaltet auch er seine Persönlichkeit in unmittelbarer Weise. [...] In einer Gesellschaft, in welcher der direkte Zugang zu den Medien und die Chance, sich durch sie zu äußern, auf wenige beschränkt ist, verbleibt dem Einzelnen neben seiner organisierten Mitwirkung in Parteien und Verbänden im Allgemeinen nur eine kollektive Einflussnahme durch die Inanspruchnahme der Versammlungsfreiheit für Demonstrationen. Das Grundgesetz schützt aber nur friedliche Versammlungen und Demonstrationen. Es gibt kein Recht zu gewaltsamen Aktionen. Wer Gewalt gegen Sachen oder Personen begeht, verhält sich auf jeden Fall unfriedlich.

Bei Versammlungen unter freiem Himmel kann das Grundrecht eingeschränkt werden. In der Regel müssen Demonstrationen 48 Stunden vorher angemeldet werden. Eine Ausnahme gilt für spontane Demonstrationen, die aus einem aktuellen überraschenden Anlass stattfinden und ihren Sinn verlören, wenn sie später stattfinden würden.

(aus: Hesselberger, Dieter (2002): *Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung*. Neuwied: Luchterhand Verlag, S. 127 ff.)

Mitmachen – was ist zu beachten?

Für Schülerinnen und Schüler stellt sich bei jeder Demonstration, zu der aufgerufen wird und die während der Schulzeit stattfinden soll, die Frage, ob man teilnehmen soll, darf oder möchte. Da Schulpflicht besteht, darf die Schule nicht einfach verlassen werden. Ebenso wenig dürfen Lehrer ihre Schülerinnen und Schüler auffordern, während der Unterrichtszeit an einer Demonstration teilzunehmen.

Es ist zudem für jeden Einzelnen wichtig herauszufinden, wer sich hinter den Veranstalter der Demonstration verbirgt. Nur allzu leicht versuchen verfassungsfeindliche, z. B. rechtsradikale Organisationen, Schülerinnen und Schüler für ihre Zwecke auszunutzen.

Auch verlaufen nicht immer alle Demonstrationen friedlich. So eskalierte z. B. eine Demonstration gegen den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs (Bahnprojekt „Stuttgart 21“) zu einer massiven Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Polizei. In der Presse wurde diese Eskalation heftig kritisiert, die verantwortlichen Politiker mussten sich der Diskussion stellen und wurden mit heftigen Vorwürfen konfrontiert.



Nicht immer verlaufen Demonstrationen wie geplant, Beispiel „Stuttgart 21“

Tausende Schüler bei erster internationaler „Fridays for Future“-Demo In Aachen ist die bisher größte zentrale Fridays-For-Future-Demonstration gestartet. Zehntausende Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern gingen auf die Straße.

Mehrere Tausend Schüler haben sich am Freitag in Aachen zu einer „Fridays for Future“-Demonstration versammelt. Die Veranstalter sprachen von 40.000 Teilnehmern aus 16 Ländern, die Polizei meldete 10.000 bis 20.000 Demonstranten. Nach einem Sternmarsch, bei dem mehrere Gruppen verschiedene Routen laufen, gab es eine Kundgebung vor dem Aachener Fußballstadion Tivoli.

Die Demonstranten fordern einen stärkeren Einsatz der Politik für den Klimaschutz. Auf den Plakaten stehen Aufschriften wie „Das Klima ist aussichtsloser als unser Mathe-Abi“ oder „Die Dinos dachten auch, sie hätten Zeit“.

Nicht alle Schüler schwänzen dafür den Unterricht: An vielen Schulen ist heute ein Brückentag zwischen Fronleichnam und dem Wochenende. Unterstützung kommt auch von Greta Thunberg: „Woche 44 des Schulstreiks“, postete die Initiatorin der Fridays-for-Future-Bewegung auf Twitter.

Mehrere Politiker, darunter die Landesvorsitzende der Grünen in Nordrhein-Westfalen, Mona Neubaur, haben laut „Aachener Zeitung“ ihr Kommen angekündigt. Die Polizei ist mit einem großen Aufgebot vor Ort. Einige Demonstranten hätten ein Haus in Aachen besetzt, berichtete die Polizei auf Twitter.

Bereits am Morgen hatten die Beamten einen Sonderzug mit Schülern aus Basel am Aachener Bahnhof empfangen.

(aus: Spiegel online, www.spiegel.de, 21.06.2019)



Schülerdemonstration in Aachen 2019



Greta Thunberg, die Initiatorin der internationalen Schülerstreiks

AUFGABEN

1. Besprechen Sie in der Klasse, nach welchen Kriterien und unter welchen Bedingungen oder aus welchen Anlässen Sie an Demonstrationen auch während der Unterrichtszeit teilnehmen könnten. Eins sollte dabei aber immer gelten: Jegliche Teilnahme muss freiwillig sein.
2. Bitten Sie die Schulleitung Ihrer Schule zu einer Diskussion zu diesem Thema. Der Schulleiter soll Ihnen die rechtliche Situation aus der Sicht der Schulverwaltung darstellen. Bereiten Sie sich auf diese Diskussion gut vor, indem Sie eigene Argumente und Ansichten klar herausarbeiten.